



## KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Mai 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **P 697 Postulat Budmiger Marcel und Mit. über die Einführung eines Stakeholdermanagements beim Bau des Durchgangsbahnhofs Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Marcel Budmiger hält an seinem Postulat fest.  
Korintha Bärtsch beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Marcel Budmiger: Wenn ich die Stellungnahme zu meinem Postulat lese, dann habe ich den Eindruck, dass hier ein klassisches Missverständnis vorliegt. Das Postulat möchte ein Koordinations- oder Mediationsgremium prüfen lassen, um die vielfältigen verschiedenen Interessen zu bündeln. In der Stellungnahme der Regierung wird nun mit der Projektorganisation zum Durchgangsbahnhof Luzern argumentiert und damit, dass diese gut arbeite. Ich bin überzeugt, dass Kanton, Stadt und SBB gut aufgestellt sind, um das Projekt technisch durchzuführen und Probleme zu managen. Mein Anliegen betrifft aber nicht die Projektorganisation, sondern den Umgang mit absehbaren Konflikten, die nicht unbedingt nur zwischen Kanton, Stadt und SBB auftreten werden, sondern auch zwischen gesellschaftlichen Interessen wie Tourismus, Umweltschutz, öffentlicher Verkehr, pendelnden Menschen usw. Mit der Testplanung wurde die Dimension des Jahrhundertprojekts Durchgangsbahnhof Luzern einer breiten Bevölkerung bewusst. Schon liest man die ersten Leserbriefe gegen das Projekt, weil mit der Tagbauweise die Auswirkungen auf das bekannte Postkarten-Luzern doch sehr gross sein werden. Wie wichtig ein frühzeitiger Einbezug der betroffenen Stakeholder ist beziehungsweise gewesen wäre, zeigte sich beim Reussprojekt. Beim Durchgangsbahnhof ist die Zahl der Betroffenen und der verschiedenen Interessen ungleich höher. Umso mehr braucht es eine Instanz, die nicht nur die Interessen des Kantons, der Stadt oder der SBB vertritt, sondern die Interessen des Projekts. Man kann die Koordination jetzt oder später aufgleisen, es sollte einfach vor der Eskalation erster Konflikte sein. Ein erster Stolperstein dürfte wohl die Parkierungsfrage sein, die jetzt gerade diskutiert wird. Wir werden früher oder später in diesem Rat über den Durchgangsbahnhof sprechen, und wir werden sicher auch über Konflikte im Zusammenhang mit dem Bau diskutieren. Der dann zuständige Regierungsrat oder die zuständige Regierungsrätin wird sich dann wohl anhören müssen, dass die Kommunikation schlecht aufgegleist war. Heute haben wir die Chance, das zu verhindern. Mit unserem Postulat werden alle Stakeholder eingebunden, damit Konflikte entschärft werden können. Denken wir voraus, und stärken wir das Jahrhundertprojekt Durchgangsbahnhof. Danke für die Unterstützung.

Korintha Bärtsch: Der Durchgangsbahnhof Luzern hat nicht nur auf nationaler Ebene noch einige Stolpersteine vor sich, sondern auch auf der lokalen und regionalen Ebene. Man konnte gerade lesen, dass die SVP bereits jetzt bekannt gibt, gegen das Projekt zu arbeiten, wenn nicht alle Parkplätze ersetzt werden. Der Durchgangsbahnhof hat grosse

Auswirkungen auf Luzern: Es wird im Tagbau gebaut, der See wird zeitweise trockengelegt, es wird massive Lärmbelastungen geben, es wird ein neues Zugdepot gebaut in Dierikon, es gibt ein neues Tunnelportal in Ebikon, und es gibt auch noch Baustellen in der Neustadt. Es wird eine riesige Baustelle geben, die vielleicht etwas besser vorstellbar ist als autonomes Fahren, aber trotzdem in unserer behaglichen Stadt Luzern nicht das Erste ist, an das wir denken. Um all die negativen Auswirkungen zu ertragen und die Bevölkerung weiterhin mit im Boot zu haben, vor allem den Tourismus, das lokale Gewerbe und die Schifffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee (SGV), braucht es das Bewusstsein, dass man darauf hinarbeiten muss. Für die Grünen und Jungen Grünen ist es zu viel, schon jetzt ein solches Koordinations- und Konfliktlösungsgremium zu schaffen, aber wir möchten mit einer teilweisen Erheblicherklärung dem Regierungsrat mitgeben, dass es enorm wichtig ist, die positiven Effekte des Durchgangsbahnhofs immer wieder zu kommunizieren, um die Bevölkerung und alle wichtigen Akteure mitzunehmen. Das ist nicht nur die Aufgabe der oder des «Miss oder Mister Durchgangsbahnhof», sondern auch des zuständigen Regierungsrates und des Gesamtregierungsrates und aller lokalen Akteure. Damit kann auch national ein Signal ausgesendet werden.

Daniel Gasser: Genau wie es der Postulant empfindet, hatte ich beim Lesen der Stellungnahme das Gefühl, dass hier nicht das Gleiche gemeint ist. Während die Regierung über die Verknüpfung der Knotenorganisation vor allem mit Kanton, Stadt und SBB spricht, meint der Postulant offenbar eher ein Gremium, in dem weitere untergeordnete Organisationen Gehör finden können. In der soeben angesprochenen oberen Ebene erachten wir die Organisation als zweckmässig und richtig strukturiert. Bedauernswert ist lediglich, dass hier ein Beratungsbüro mit Sitz in Bern und Lausanne zum Zuge kommt und nicht ein lokales Büro mit persönlichem Bezug zu möglichen Anspruchsgruppen. Auf der zweiten Ebene haben wir schon mehrmals darauf hingewiesen, dass weitere Direktbetroffene wie Anwohner und Gemeinden eine Mitsprachemöglichkeit haben müssen. Aber als Bürger der Portalgemeinde Ebikon kann ich sagen, dass wir bis jetzt unsere Anliegen immer einbringen konnten und mit der SBB und dem Kanton in gutem Austausch stehen. In diesem Sinn haben wir viel Verständnis für das Anliegen des Postulanten, sehen das Anliegen aber als mehrheitlich erfüllt an. Es gilt gemeinsamen den Prozess partnerschaftlich anzugehen. Ein zusätzliches Stakeholdermanagement erachten wir als Überstrukturierung, und deshalb lehnen wir das Postulat ab.

András Özvegyi: Das Postulat fordert ein Koordinationsgremium beim Bau des Durchgangsbahnhofs, das Konflikte zu verhindern versucht und bei bestehenden Konflikten vermittelt. Die Stellungnahme des Regierungsrates sagt, dass in der Knotenorganisation eine Stabsstelle installiert sei. Zur Koordination schreibt der Regierungsrat, diese sei mit der Knotenorganisation und der Stabsstelle sichergestellt. Auf das Anliegen des Postulanten, einen Mediationsansatz jetzt schon einzubringen, geht der Regierungsrat nicht ein. Ich verstehe es, wenn die Stellungnahme unbefriedigend ankommt. Trotzdem ist die GLP für die Ablehnung des Postulats, das aber aus anderen Gründen: Es ist einfach zu früh, jetzt über Konflikte beim Bau zu sprechen. Es entsteht zuerst ein Vorprojekt. Weder ein Betriebskonzept noch die Finanzierung sind gesichert. Wir alle sollten jetzt die Ressourcen besser für eine schnelle Finanzierung aus Bern einsetzen, diese sollte möglichst vor Baubeginn des Bypasses gesichert sein. Wir sind jetzt in der Planungsphase, später dann in der Projektierungsphase und nicht in der Bauphase. Es gehört zur Grundaufgabe jedes Projektleiters, mögliche Konflikte frühzeitig zu erkennen, zu verhindern und das Gespräch zu suchen. Mit Ebikon spricht man auch schon, das läuft also bereits. Nach der Finanzierung kommt die Phase der Projektauflage und die Möglichkeit der Rechtswahrung aller Betroffenen mit Einsprachen. Dann können Differenzen auf den Tisch gelegt und diskutiert werden. Dann können auch bei schweren Differenzen Mediationsansätze angewendet werden. Nach meiner Erfahrung ist die erste Vermittlungsinstanz die Verfahrensführerin, das wird also das Bundesamt für Verkehr (BAV) sein. Zur Argumentation für die teilweise Erheblicherklärung: Dort wird der Fokus auf die Kommunikation gelegt. Ja, diese braucht es, das ist aber auch eine Basisaufgabe, die zu einem solchen Projekt gehört. Es ist aber keine

Forderung des Postulats, deshalb sind wir mit der Ablehnung einverstanden.

Sabine Wermelinger: Das Anliegen einer guten Koordination im Zusammenhang mit dem Bau des Durchgangsbahnhofs ist im Interesse aller Stakeholder wichtig, damit das Schlüsselprojekt als Ganzes gelingt. In ihrer Stellungnahme schreibt die Regierung, dass man mit der Knotenorganisation diesem Anliegen bereits seit Juni 2019 nachkommt. Die Stadt Luzern ist Teil der Knotenorganisation. Sie wird die aufgeführten Interessen der Stadt bündeln und in der Organisation entsprechend einbringen müssen. Sie wird – wie auch die anderen – auf mögliche Konflikte hinweisen müssen. Es sind sich wohl alle bewusst, dass der Bau eines Jahrhundertbauwerks in der Stadt kein Spaziergang wird. Die Herausforderungen wurden erkannt, und es wird ihnen mit Respekt entgegengetreten. Die Stabsstelle der Knotenorganisation nimmt vielfältige Aufgaben in den Bereichen Organisation, Administration, Schnittstellenkoordination, Steuerung, Führung und Controlling wahr. Ausschlaggebend ist, dass man sich innerhalb der bestehenden Organisation darüber einig ist, dass allfällige Konflikte der Partner erkannt und auch gelöst werden können. Die Partner sind sich ihrer Verantwortung bewusst, und es ist ihnen zuzutrauen, dass sie rechtzeitig handeln, falls sich Konflikte abzeichnen. Eine zusätzliche Stelle in der Organisation kann die Zusammenarbeit auch erschweren. Im Moment sehen wir keinen weiteren Handlungsbedarf, deshalb lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

Guido Müller: Ich möchte mich dem Trend des Dankesagens heute anschliessen und der Regierung dafür danken, dass sie erkannt hat, dass man das Postulat ablehnen muss. Man hätte es auch ablehnen können, weil es grossmehrheitlich erfüllt ist. Die Regierung hat zusammen mit allen Involvierten organisiert, dass die wichtigsten Stakeholder zusammen an einen Tisch kommen und nach Lösungen suchen. Ich möchte davor warnen, möglichst viele Leute an den Tisch zu bringen. Wir hatten in den letzten Monaten und Jahren sehr viele Volksabstimmungen, bei denen man auch den Allerletzten miteinbeziehen wollte. Dadurch hat man aber gleichzeitig viele Personen enttäuscht, weil sie dann am Schluss doch fanden, dass ihr Anliegen zu kurz gekommen sei. Das Wichtigste ist die Kommunikation, dass man die Leute mitnimmt bei der Ausarbeitung des Projekts und sie über den Stand der Dinge informiert. Die SVP-Fraktion wird das Postulat ebenfalls ablehnen.

Marcel Budmiger: Ich möchte das Votum meines Vorredners aufnehmen. Wir haben heute Vormittag zweieinhalb Stunden über die verschiedenen Interessen der Anspruchsgruppen in Wolhusen diskutiert. Schlussendlich fanden wir eine Lösung, aber das brauchte viel Zeit. Keine Diskussion gab es, als wir einen runden Tisch gefordert haben. Sie sollen nun alle einbezogen werden, oder nicht? Natürlich nicht alle gleichzeitig. Sagen Sie Ja zu diesem Postulat.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) ist eines von zwei Schlüsselprojekten für unseren Kanton und die gesamte Zentralschweiz. Nur mit ihm können wir den nationalen und regionalen Verkehr weiterentwickeln. Beispielsweise können heute keine weiteren Züge in den Bahnhof Luzern mehr einfahren, solange wir keinen DBL haben. Das bedeutet, dass wir weder nach Escholzmatt, nach Willisau, ins Seetal oder in die Regionen Richtung Bern oder Zürich weitere öV-Angebote auf der Schiene entwickeln können. Das schränkt uns ganz klar ein. Wir brauchen unbedingt den DBL, er ist darum in allen zentralen Planungsinstrumenten des Kantons und der Regierung ein wichtiger Bestandteil. Der DBL wird mit höchster Priorität vorangetrieben, und zurzeit erarbeitet die SBB das Vorprojekt, das Ende dieses Jahres vorliegen soll. Sie haben die Partnerorganisation zur Kenntnis genommen, zusammen mit dem BAV, der SBB, der Stadt Luzern und vielen Weiteren sind wir dort unterwegs. Wir sind einerseits hinter den Kulissen viel an der Arbeit, auch was die Vorbereitungen Richtung Bern betrifft, wo dann im Jahr 2026 das Parlament die Finanzierung unseres Durchgangsbahnhofs beschliessen soll. Da sind aber bereits jetzt gewisse Vorentscheide fällig, die wir mit wachen Ohren und Augen beobachten und uns an den richtigen Orten eingeben und das politisch sehr eng mitbegleiten. Das ist die Aufgabe der Regierung und auch meine, wir sind daran. Nun zum Anliegen des Postulanten: Im Grundsatz sind wir uns wohl einig. Erstens ist das ein

Generationenprojekt, und es erfordert sehr hohe Aufmerksamkeit in der Projektführung. Zweitens wird es bei diesem Projekt wie immer bei grossen Projekten Betroffene geben und verschiedene Interessen. Es könnte wohl niemand von Ihnen ein Kommunikationskonzept schreiben, ohne einmal in der Zeitung zu lesen, dass jemand gegen den DBL ist. Das ist einfach nicht möglich. Es gibt Interessenkonflikte, wir müssen sie aber so handhaben, dass das Feuer nie zu gross wird, sodass man ohne Gesichtsverlust nicht mehr die Position wechseln oder etwas anbieten kann. Wir müssen das sehr aufmerksam beobachten. Wir haben dazu in meinem Departement eine Stelle ausgeschrieben, die bei mir im Stab ist, also sehr nahe. Das wäre die Gesamtkoordinatorin oder der Gesamtkoordinator DBL, Korintha Bärtsch hat «Miss oder Mister Durchgangsbahnhof» erwähnt. Einige Aufgaben, die Marcel Budmiger im Postulat beschrieben hat, werden von dieser Person übernommen. Wir müssen beim Austausch mit den Gemeinden und beispielsweise auch mit betroffenen Grundeigentümern von Anfang an dabei sein. Wir müssen informieren und auf die Leute zugehen. Trotzdem wird es auch hier verschiedene Interessen geben. Es ist der Regierung sehr wohl bewusst, dass wir dieser Thematik einen hohen Stellenwert einräumen und ihr hohe Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir haben entsprechende Massnahmen eingeleitet. Ich bitte Sie, den Antrag der Regierung zu unterstützen. Wir sind aber an diesem Anliegen dran. Es ist unser aller Aufgabe, immer wieder den Betroffenen und auch ausserhalb des Kantons zu sagen, dass wir diesen Durchgangsbahnhof unbedingt brauchen. Einige müssen leider persönliche kleine Nachteile in Kauf nehmen, damit man das Grosse für das öffentliche Interesse verwirklichen kann.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 70 zu 25 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat mit 69 zu 29 Stimmen ab.